



Umweltinstitut
München e.V.

mit

GREENPEACE



Herzlich Willkommen

Webinar zum offenen Brief
„Raus aus der
Gaskostenfalle“

19.03.2026, 19 bis 20 Uhr

Frau Reiche, es reicht!



Programm

19:00 Uhr	Begrüßung
19:10 Uhr	Warum haben wir den Brief geschrieben?
19:25 Uhr	Das könnt ihr jetzt vor Ort tun
19:45 Uhr	Fragen und Antworten
20:00 Uhr	Ende



Warum haben wir den Brief
geschrieben?

Neuigkeiten über Iran



n tv Ntv

Sorge vor Lieferengpass: Gaspreis steigt nach Attacke auf Gasfeld zeitweise um 30 Prozent

vor 8 Stunden

BILD BILD

35 Prozent rauf: Gaspreis-Knall wegen Iran-Krieg

vor 8 Stunden

M Berliner Morgenpost

Irans Angriff auf Energie-Infrastruktur am Golf lässt Gaspreis explodieren

vor 6 Stunden



W WELT

Krieg im Iran: Gaspreis in Europa schnell in die Höhe, Ölpreis steigt – Verluste an...

vor 9 Stunden



tagesschau.de

Trump droht Iran: Warum die Gaspreise jetzt so stark steigen

vor 1 Stunde



FAZ

Iran-Krieg: Gaspreis steigt nach Angriffen weiter

vor 7 Stunden



M Merkur

Nach Angriff in Katar: Iran-Krieg treibt Gaspreis auf Rekordhoch

vor 7 Stunden



„Heizungsgesetz wird abgeschafft“

= Frontalangriff auf die Wärmewende

= Worst-Case Szenario

Das Gebäude-Energie-Gesetz ist ...

- extrem wirksam
- sehr stabil
- "technologieoffen"
- quasi unersetzlich

Jetzt haben wir: noch mehr Chaos


 Deutschlandfunk

Neues Heizungsgesetz - Riskant für Verbraucher und ein Rückschritt fürs Klima

Die schwarz-rote Koalition hat sich auf Eckpunkte für eine Reform des Heizungsgesetzes geeinigt. Sie stoßen auf scharfe Kritik,...

vor 4 Tagen



 DIE ZEIT

Gebäudeenergiegesetz: Mieterbund kritisiert geplantes neues Heizungsgesetz als ungerecht

Die Pläne für das neue Heizungsgesetz sorgen für viel Kritik. Der Mieterbund warnt vor einer Belastung für Arme.

vor 5 Tagen



 HNA

Neues Heizungsgesetz sorgt in Region für Lob und Kritik: „Viele Kunden verunsichert“

Die schwarz-rote Regierung will die 65-Prozent-Vorgabe für erneuerbare Energien streichen. Experten warnen vor steigenden Kosten und...

vor 11 Stunden



Was steht im GMG-Eckpunktepapier?

(GMG = Gebäude-Modernisierungs-Gesetz)

65%-Erneuerbaren-Regel für neue Heizungen wird **gestrichen**

Grüngas-/Grünölquote: angeblich grüne Gase und Öle sollen ab 2028 schrittweise in kleinen Mengen einsetzen werden – startet mit läppischen bis zu 1 %

-> **Verfügbarkeits- & Kostenproblem!**

Biotreppe: neu eingebaute Öl- und Gasheizungen müssen ab 1.1.2029 mit zunehmendem Anteil "CO2-neutraler" Brennstoffe betrieben werden – startet mit geringen 10 %, weiterer Anstieg bis 2040 noch völlig unklar

-> **Problemverschiebung in die Zukunft**

Betriebsverbot für **fossile Heizungen nach 31.12.2044** wird gestrichen

Was steht im GMG-Eckpunktepapier?

(GMG = Gebäude-Modernisierungs-Gesetz)

Kommunale Wärmeplanung: kleine Kommunen unter 15.000 Einwohnende sollen weniger Pflichten haben

Förderung soll "bleiben" – wie viel keine Ahnung:
"Die auskömmliche Finanzierung der Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG) wird bis mindestens 2029 sichergestellt."

Mieter:innen-Schutz? – nicht konkret vorhanden:
"Es bedarf einer Regelung zum Schutz der Mieter vor überhöhten Nebenkosten durch den Neueinbau unwirtschaftlicher Heizungen."

Warum herrscht jetzt Planungsunsicherheit?

- Wann können erste Gasleitungen stillgelegt werden?
- Wo lohnt sich ein Wärmenetz?
- Wann und wo muss das Stromnetz ausgebaut werden?
- Was sollen Energieberater:innen empfehlen?
- Was will die Bundesregierung finanziell fördern?
- Wie soll die Industrie dekarbonisieren?
- Was passiert mit Biogasanlagen vor Ort?



ZfK+ Enercity: In zehn Jahren könnten die ersten Gasleitungen stillgelegt werden

Vorstand Hansmann gibt Einblick in die Gasnetz-Planungen seines Unternehmens und erzählt, was aus den hohen Gewinnen des vergangenen Jahres wird.

11.04.2024



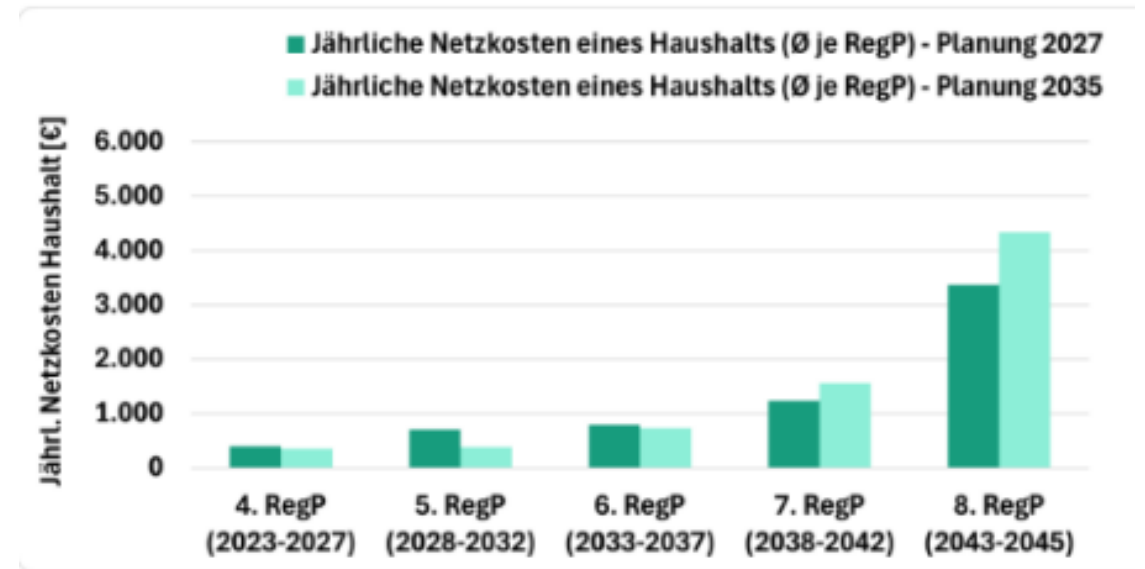
Raus aus Gas

Wiener Wärme und Kälte 2040



Warum ist das teuer?

- Netzkosten verteilen sich auf weniger Kund:innen
- Den letzten Gaskund:innen drohen jährliche Mehrkosten von bis zu 4000 Euro
- Erneuerbare Gase sind extrem teuer (350 Euro Mehrkosten pro Jahr bis 2035 erwartet)
- CO2-Preis steigt



(b) Jährliche Netzkosten eines Haushalts

Quelle: Fraunhofer IFAM
<https://umweltinstitut.org/energie-und-klima/gasausstieg/gasnetzstudie/>

Offener Brief

→ An alle Mitglieder des Bundestags

RAUS AUS DER KOSTENFALLE:

Energieunabhängigkeit durch Gasausstieg ermöglichen!

23.3.2026

Sehr geehrte Mitglieder des Bundestags,

mit großer Sorge blicken wir auf die aktuelle Situation der Energieversorgung in Deutschland: Noch immer sind wir durch unsere fossilen Gasimporte anfällig für geopolitische Krisen. Heute noch auf eine Verlängerung dieser Gasabhängigkeit zu setzen macht uns politisch erpressbar, treibt Energiepreise in die Höhe, heizt die Klimakrise an und verhindert eine effiziente Infrastrukturplanung in unseren Kommunen. Bitte setzen Sie alle Hebel in Bewegung, um den Gasverbrauch in Deutschland schnell und drastisch zu senken.

Erneuerbare Energien decken bereits fast 60 Prozent unseres Strombedarfs.¹ Die Wärmeversorgung hingegen beruht noch immer zu ca. 80 Prozent auf fossilen Energien.² Dafür wird noch immer in großen Mengen fossiles Gas verbrannt. Ca. 40 Prozent des deutschen Gasbedarfs werden für die Beheizung von Gebäuden verwendet.³

Mit Putins Überfall auf die Ukraine mussten wir schmerzvoll lernen, dass Deutschland sich stark von Gasimporten abhängig gemacht hat. Hohe Strom- und Gaspreise sowie Versorgungsengpässe waren die Folge. Seit dem extremen Preissprung 2022 ist viel passiert: In vielen großen Kommunen liegt heute bereits eine Wärmeplanung vor, die den Weg aus der Gasversorgung aufzeigt. Die Wärmepumpe war 2025 erstmals Spitzenreiter bei neu verkauften Heizungen.⁴ Und immer mehr Gebäude werden an Wärmenetze angeschlossen.⁵

Monopolkommission¹² und sorgen Sie für eindeutige Rahmenbedingungen. Nur eine geplante, schrittweise Ablösung der Gasnetze durch den abgestimmten Ausbau von Strom- und grünen Wärmenetzen ist kosteneffizient und umsetzbar.

haben genug vom teuren Energieergerge ernst!

Abhängigkeiten aufzubauen!

abhängig und erpressbar sein. Dies durch eine neue Abhängigkeit vermeiden. Auch neue Gasbohrungen bergen Risiken für den Naturschutz und die Gesundheit der Bevölkerung aus.⁶

Der Gaskostenfalle!

Wärmegesetz (GMG) geplant - insbesondere Mietende in die Kostenzone, kommen auf die letzten Jahre bis zu 4300 Euro pro Jahr zu.⁷ Eine teure Mogelpackung. Denn die Wärmeversorgung in Zukunft nicht in ausreichender Menge benötigt.⁸ Somit

Wichtig!

schwer, wenn in jeder Straße der Ausbau von Strom- und Wärmenetzen vorangetrieben wird, drohen teure Parallel- und Doppelausbauten¹¹ sowie die



Was wollen wir?

- 1) Reduzieren Sie unsere Gasimporte, anstatt neue Abhängigkeiten aufzubauen!
- 2) Schützen Sie Ihre Bürger:innen vor der Gaskostenfalle!
- 3) Stellen Sie Planungssicherheit auf lokaler Ebene her!

Konkrete Forderungen sind demnach:

→GMG darf so nicht kommen!

→Verbindliche Frist für Stilllegungsplanung durch Gasnetzbetreiber
(Festlegung im EnWG = Energiewirtschaftsgesetz)

Veröffentlichung des Briefes

- Am 24.03. per Pressemitteilung
- Am 25.03. mit Protest vor dem Bundeskanzleramt
- Danach werden wir über 300 Briefe bei den Abgeordnetenbüros in Berlin abliefern

→ Ihr bekommt die finale Version mit allen Logos voraussichtlich am Dienstag zugesandt

RAUS AUS DER KOSTENFALLE:
Energieunabhängigkeit durch Gasausstieg ermöglichen!

23.3.2026

Sehr geehrte Mitglieder des Bundestags,

mit großer Sorge blicken wir auf die aktuelle Situation der Energieversorgung in Deutschland: Noch immer sind wir durch unsere fossilen Gasimporte anfällig für geopolitische Krisen. Heute noch auf eine Verlängerung dieser Gasabhängigkeit zu setzen macht uns politisch erpressbar, treibt Energiepreise in die Höhe, heizt die Klimakrise an und verhindert eine effiziente Infrastrukturplanung in unseren Kommunen. Bitte setzen Sie alle Hebel in Bewegung, um den Gasverbrauch in Deutschland schnell und drastisch zu senken.

Erneuerbare Energien decken bereits fast 60 Prozent unseres Strombedarfs.¹ Die Wärmeversorgung hingegen beruht noch immer zu ca. 80 Prozent auf fossilen Energien.² Dafür wird noch immer in großen Mengen fossiles Gas verbrannt. Ca. 40 Prozent des deutschen Gasbedarfs werden für die Beheizung von Gebäuden verwendet.³

Mit Putins Überfall auf die Ukraine mussten wir schmerzvoll lernen, dass Deutschland sich stark von Gasimporten abhängig gemacht hat. Hohe Strom- und Gaspreise sowie Versorgungsengpässe waren die Folge. Seit dem extremen Preissprung 2022 ist viel passiert: In vielen großen Kommunen liegt heute bereits eine Wärmeplanung vor, die den Weg aus der Gasversorgung aufzeigt. Die Wärmepumpe war 2025 erstmals Spitzenreiter bei neu verkauften Heizungen.⁴ Und immer mehr Gebäude werden an Wärmenetze angeschlossen.⁵

Infrastrukturen. Hören Sie auf Stadtwerke-Verbände¹⁰, Verbraucherschützer¹¹ sowie die Monopolkommission¹² und sorgen Sie für eindeutige Rahmenbedingungen. Nur eine geplante, schrittweise Ablösung der Gasnetze durch den abgestimmten Ausbau von Strom- und grünen Wärmenetzen ist kosteneffizient und umsetzbar.

Umweltinstitut München e.V. GREENPEACE German Zero FRIDAY'S FOR FUTURE Deutsche Umwelthilfe BUND BUND Naturschutz in Bayern e.V. KLIMA BÜNDNIS DEUTSCHLAND

Noch nicht mitgezeichnet? So geht's!

www.umweltinstitut.org/energie-und-klima/mitmachaktionen/gaskostenfalle



**Wärmewende retten –
raus aus der
Gaskostenfalle**

Macht jetzt mit:

**Schluss mit dem Gas-Chaos:
Aufruf unterzeichnen**

Jetzt mitmachen:

Als Gruppe, Organisation,
Initiative, Unternehmen oder
Verband unterzeichnen

Name der Organisation*

Sitz der Organisation*

Website der Organisation*

www.

Logo der Organisation*

Keine Datei ausgewählt.

Akzeptierte Dateitypen: jpg, jpeg, png, gif, Max.
Dateigröße: 5 MB.

Kontaktperson

Vorname*

Nachname*

E-Mail-Adresse (Kontakt)*

← Organisation

← Logo-Upload

← Kontaktperson

Noch nicht mitgezeichnet? So geht's!

www.umweltinstitut.org/energie-und-klima/mitmachaktionen/gaskostenfalle



Achtung: Ende Mitzeichnungsfrist ist am Sonntag (22. März)!

Gaskostenfalle

Macht jetzt mit:

**Schluss mit dem Gas-Chaos:
Aufruf unterzeichnen**

Jetzt mitmachen:

Als Gruppe, Organisation, Initiative, ...

www. _____

Logo der Organisation*
[Durchsuchen...] Keine Datei ausgewählt.

Akzeptierte Dateitypen: jpg, jpeg, png, gif, Max. Dateigröße: 5 MB.

Kontaktperson

Vorname* _____ Nachname* _____

E-Mail-Adresse (Kontakt)* _____

Organisation

Logo-Upload

Kontaktperson

Jetzt vor Ort aktiv werden – Abgeordnete umstimmen

Franziska Buch, Campaigning

Warum Druck auf lokale Abgeordnete?

- Ihr seid potenzielle Wähler:innen
- Weg ist viel direkter als von NGO zu Bundeskanzler
- Stimmung im Wahlkreis ist für Abgeordnete wichtig
- Lesung im Bundestag zu Fracking-Gesetz wurde wegen Druck auf Abgeordnete abgesagt



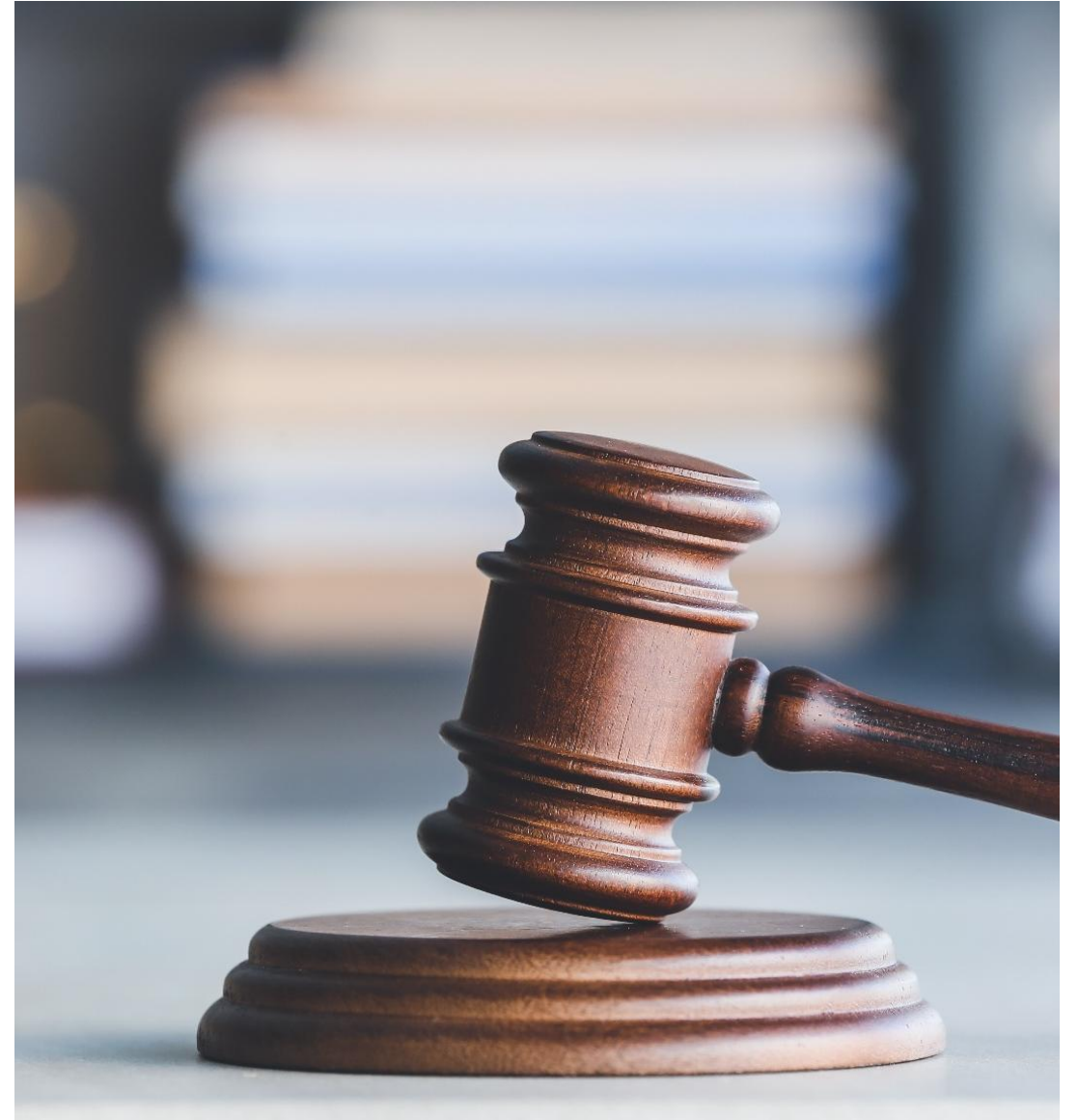
Wen ansprechen?

- Abgeordnete von Union und SPD
- Regierungsparteien sind in der Verantwortung für Heizungsgesetz
- Möglichst viele Ansprachen pro Mitglied des Bundestags



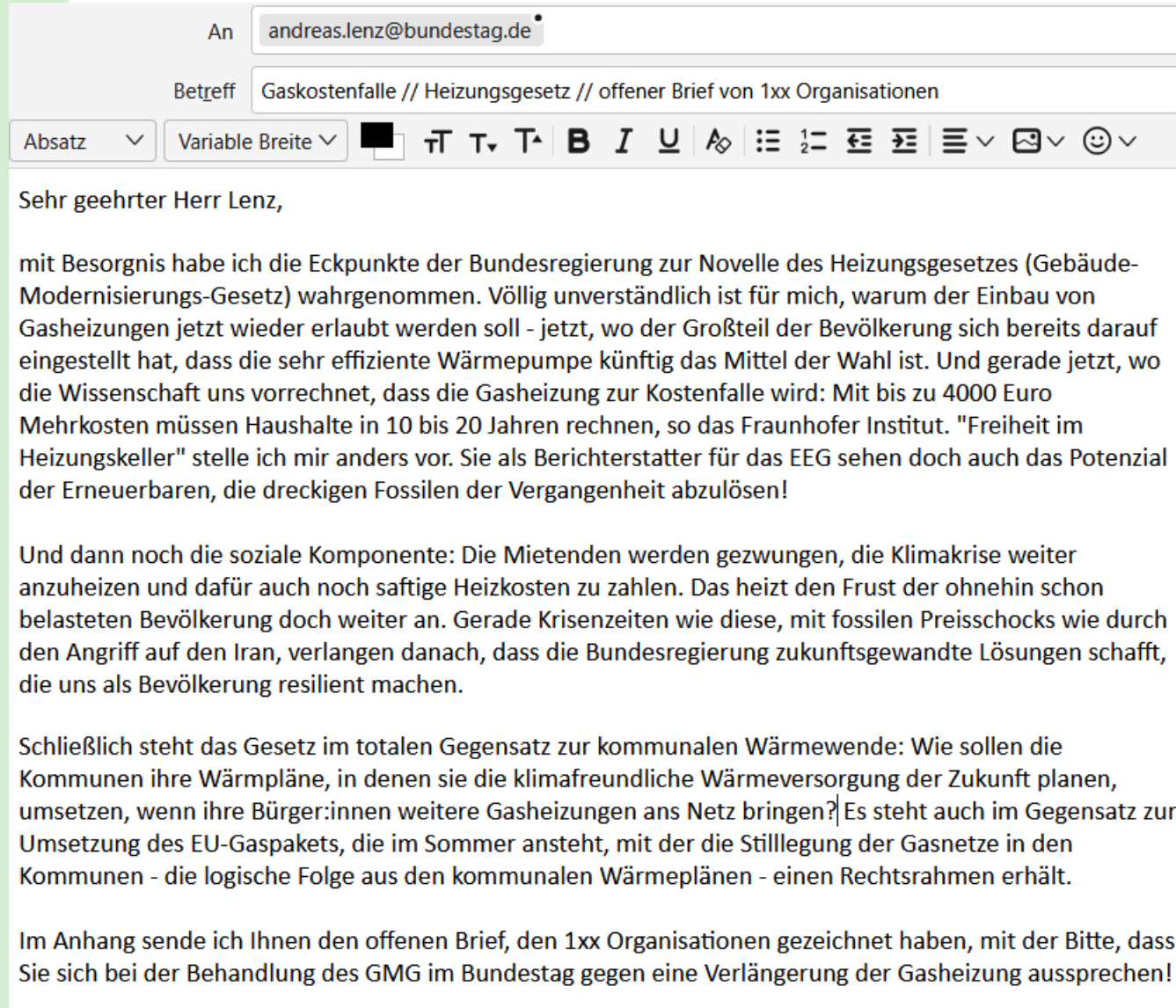
In welchem Zeitraum?

- Aktuell liegen Eckpunkte für Heizungsgesetz vor
 - Kabinettsbeschluss vertagt: statt 25. März nach Ostern
 - 1. und 2./3. Lesung im Bundestag voraussichtlich Mai
 - Kann sich auch noch bis Juni/Juli verzögern
- Wir haben genug Zeit!



Option 1: Mail an Abgeordnete

- Einfache Email mit Brief im Anhang
- Abgeordnete mit PLZ-Suche finden:
<https://www.bundestag.de/abgeordnete>
- Email:
vorname.nachname@bundestag.de
- Beispieltext rechts
- Option für Eilige, mit sehr geringem Zeitaufwand machbar
- Trotzdem signifikante Wirkung!



The screenshot shows an email client interface. The 'An' field contains 'andreas.lenz@bundestag.de'. The 'Betreff' field contains 'Gaskostenfalle // Heizungsgesetz // offener Brief von 1xx Organisationen'. Below the fields is a rich text editor toolbar with options for paragraph style, variable width, bold, italic, underline, and other formatting tools. The email body contains the following text:

Sehr geehrter Herr Lenz,

mit Besorgnis habe ich die Eckpunkte der Bundesregierung zur Novelle des Heizungsgesetzes (Gebäude-Modernisierungs-Gesetz) wahrgenommen. Völlig unverständlich ist für mich, warum der Einbau von Gasheizungen jetzt wieder erlaubt werden soll - jetzt, wo der Großteil der Bevölkerung sich bereits darauf eingestellt hat, dass die sehr effiziente Wärmepumpe künftig das Mittel der Wahl ist. Und gerade jetzt, wo die Wissenschaft uns vorrechnet, dass die Gasheizung zur Kostenfalle wird: Mit bis zu 4000 Euro Mehrkosten müssen Haushalte in 10 bis 20 Jahren rechnen, so das Fraunhofer Institut. "Freiheit im Heizungskeller" stelle ich mir anders vor. Sie als Berichterstatter für das EEG sehen doch auch das Potenzial der Erneuerbaren, die dreckigen Fossilien der Vergangenheit abzulösen!

Und dann noch die soziale Komponente: Die Mietenden werden gezwungen, die Klimakrise weiter anzuheizen und dafür auch noch saftige Heizkosten zu zahlen. Das heizt den Frust der ohnehin schon belasteten Bevölkerung doch weiter an. Gerade Krisenzeiten wie diese, mit fossilen Preisschocks wie durch den Angriff auf den Iran, verlangen danach, dass die Bundesregierung zukunftsgerichtete Lösungen schafft, die uns als Bevölkerung resilient machen.

Schließlich steht das Gesetz im totalen Gegensatz zur kommunalen Wärmewende: Wie sollen die Kommunen ihre Wärmepäne, in denen sie die klimafreundliche Wärmeversorgung der Zukunft planen, umsetzen, wenn ihre Bürger:innen weitere Gasheizungen ans Netz bringen? Es steht auch im Gegensatz zur Umsetzung des EU-Gaspakets, die im Sommer ansteht, mit der die Stilllegung der Gasnetze in den Kommunen - die logische Folge aus den kommunalen Wärmepänen - einen Rechtsrahmen erhält.

Im Anhang sende ich Ihnen den offenen Brief, den 1xx Organisationen gezeichnet haben, mit der Bitte, dass Sie sich bei der Behandlung des GMG im Bundestag gegen eine Verlängerung der Gasheizung aussprechen!

Option 2: Bildaktion am Wahlkreisbüro

- Brief ausdrucken und im Büro der/des Abgeordneten von Union/SPD abgeben (persönlich oder Briefkasten)
- Adresse mit PLZ-Suche finden: <https://www.bundestag.de/abgeordnete>
- Foto vor dem Wahlkreisbüro mit selbstgemalten oder gedruckten Schildern und Bannern
- Foto auf Social Media streuen, ggf. Abgeordnete taggen
- Termin für ausführlicheres Gespräch vereinbaren
- Spontan und ohne große Vorbereitung umsetzbar



Angebot: Schilder kostenlos bestellen

- Ab heute Abend bestellbar unter info@umweltinstitut.org
- Schreibt einfach in die Mail, wieviele der 4 abgebildeten Schilder ihr braucht
- Wir schicken sie euch in wenigen Tagen an die angegebene Adresse



Option 3: Gesprächstermin vereinbaren

- Per Mail, telefonisch oder vor Ort im Büro Termin anfragen
- Persönliches Gespräch wirkt besonders intensiv
- Wir können die Abgeordneten emotional erreichen
- Gesprächsbasis: eigene Sorgen und Anliegen
- Nicht nötig, sich auf komplizierte Sachdiskussionen einzulassen



Option 3a: Mieter-Inis ins Boot holen

- Mieterinitiativen, Mieterbund, Paritätischer, Caritas vor Ort kontaktieren
- Gemeinsamen Gesprächstermin vereinbaren
- Soziale Komponente stark machen
- Besonders für Gespräche mit SPD-Abgeordneten interessant



Lasst uns loslegen!



Gibt es Fragen?

